

## Am liebsten selber auf dem Platz

Aymo Brunetti begibt sich als Wirtschaftsprofessor gerne ins Polit-Getümmel

Von Daniel Zulauf

**Bern.** «Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft mit konkreten Anwendungen», sagt Aymo Brunetti und macht keinen Hehl daraus, dass ihn das Letztere ganz besonders interessiert. Ganz freiwillig und sogar lustvoll agiert der 51-jährige Basler als Leiter einer Expertengruppe, die dem Bundesrat demnächst ihre Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie und zur Stärkung der Wettbewerbsposition des Schweizer Finanzplatzes unterbreiten wird.

Der Bericht wird mit Spannung erwartet, die Wahrscheinlichkeit einer Enttäuschung ist entsprechend hoch. Was muss geschehen, damit systemrelevante Banken für das Land und seine Steuerzahler endgültig keine Bedrohung mehr darstellen? Wie viele regulatorische Vorleistungen soll die Schweiz erbringen, damit der Finanzindustrie die vage Option auf einen verbesserten Zutritt zum europäischen Binnenmarkt erhalten bleibt? Welche Berechtigung hat das steuerliche Bankgeheimnis im Inland, da der automatische Informationsaustausch mit dem Ausland doch unmittelbar vor der Tür steht?

Brunetti wusste, worauf er sich einliess, als er die Leitung der 18-köpfigen Expertengruppe übernahm. Ihre breite Zusammensetzung aus Vertretern der Kredit- und Versicherungswirtschaft, der staatlichen Behörden und der Wissenschaft lässt nicht erwarten, dass sie klare Antworten auf diese umstrittenen Fragen liefern kann.

«Ich bin vielleicht naiv genug zu glauben, dass sich scheinbar unverrückbare Positionen mit guten Argumenten trotzdem bewegen lassen», sagt Brunetti. Leichtgläubigkeit ist allerdings keine Eigenschaft, die man dem politik-erfahrenen Ökonomen abzunehmen geneigt ist. Hinter dem Understatement verbirgt sich eher das Kalkül eines Fuchses, der um die vielen äusseren Zwänge weiss, die letztlich einen Konsens bewirken können.

### «Diese Etikettierung nervt mich»

Konsens ist ein Schlüsselwort, das auch heute Abend fallen dürfte, wenn Brunetti auf Einladung der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft über die wirtschaftliche Zukunft des Landes spricht. Nach seiner Auffassung verdankt die Schweiz ihre Erfolge in den vergangenen 20 Jahren der kollektiven Einsicht, dass sich eingespielte und lieb gewonnene Eigenarten – man kann sie auch Strukturen nennen – ändern müssen, damit das Land von der beschleunigten Globalisierung nicht überrollt wird, sondern von ihr profitieren kann.

Optimistisch war der junge Brunetti nicht, als er 1990 im zarten Alter von 27 Jahren zusammen mit dem fünf Jahre älteren Thomas Straubhaar (er war bis September Professor an der Universität

### Von der BaZ zum Professor

**Schreibtalent.** Aymo Brunetti lebt mit Ehefrau Corinna und zwei Kindern in der Gemeinde Biel-Benken. Aufgewachsen ist er in Reinach. Als Student an der Universität Basel war Brunetti auch als Journalist für die Basler Zeitung tätig. «Ich wusste, dass mir das Schreiben relativ leichtfiel, und konnte so einen Beitrag zur Finanzierung meines Studiums leisten», erinnert sich der ehemalige Praktikant. «In Erinnerung habe ich die unglaubliche Vielfalt dieser Arbeit und ich habe grösste Hochachtung vor dem Journalistenberuf», sagt Brunetti. Und übrigens, warum trägt der Mann einen so ungewöhnlichen Vornamen? «Einer meiner Verwandten hiess Aimone und mein Name ist eine Variation davon. Es ist kein finnischer oder italienischer Vorname – die am häufigsten geäusserten Vermutungen – sondern eigentlich eine Erfindung meiner Eltern», verriet er der BaZ vor einigen Jahren. dz



Advokat des Wettbewerbs. Aymo Brunetti legt bald seinen Bericht zur Weiterentwicklung des Finanzplatzes vor. Foto Keystone

Hamburg) als Assistent am WWZ der Universität Basel Wirtschaftspolitik unterrichtete.

Unter der Leitung ihres damaligen Professors Silvio Borner legten die drei unter dem Titel «Die Schweiz AG vom Sonderfall zum Sanierungsfall?» eine Art Kampfschrift gegen die von Kartellen, staatlichen Monopolen und vielfältigen Handelshemmnissen im Binnenmarkt gekennzeichneten Strukturen der Schweizer Wirtschaft vor. Das Werk sei schlecht angekommen und werde «bis heute im Vergleich zu anderen kritischen Schriften zur Schweiz in die Rumpelkammer von Fehlprognosen verbannt», erinnerte sich Borner im vergangenen Jahr in einer seiner Kolumnen, die er regelmässig für die *Weltwoche* verfasst. Während die damalige Wachstumsschwäche der Schweiz in Verbindung mit einer kräftig steigenden Arbeitslosigkeit für jedermann offenkundig war, ist die Diagnose der Ursachen bis heute mindestens nicht eindeutig. So wenig wie die verkrusteten Strukturen dem Wachstum förderlich waren, so sehr wurde die Konjunktur auch durch die Nationalbank gebremst, die nach der Immobilienkrise allzu lange auf dem Bremspedal stand.

Das provokative Buch klebt dem Trio ein Vierteljahrhundert nach seiner Veröffentlichung noch immer an den Fersen und prägt bis heute deren Image als Vertreter einer neoliberalen Ökonomschule. «Diese Etikettierung nervt mich», sagt Brunetti. Viele in dem Buch erhobene Forderungen hätten auch Ökonomen mitunterzeichnen können, die nicht im Verdacht einer dogmatischen Marktgläubigkeit gestanden waren. Viele der Forderungen wurden seither umgesetzt, und das zum Vorteil der Schweiz: In den 1990er-Jahren erhielt das Land erstmals ein griffiges Kartellgesetz, die Liberalisierung des Binnenmarktes wurde realisiert, der Aussenhandel erhielt über das bilaterale Abkommen mit der EU frische

Impulse und nicht zuletzt wurde der damals rasch steigenden Staatsverschuldung durch die Einführung einer Schuldenbremse Einhalt geboten.

Doch was das Bild Brunettis in der Öffentlichkeit viel stärker beeinflusste als seine konkreten ökonomischen Handlungsempfehlungen, war dessen

### Direktdemokratische Institutionen hätten das Potenzial, die Erneuerung des Landes zu blockieren.

Kritik an den direktdemokratischen Institutionen der Schweiz – insbesondere dem Referendum. Diese hätten das Potenzial, die Erneuerung des Landes zu blockieren, und das in einer Zeit, in der sich die Welt unter dem Druck der Globalisierung sehr rasch verändere. Die These fand auch 1992 in seine Dissertation «Politisches System und Wirtschaftswachstum» Eingang.

### Unbequemer Chefbeamter

Auf eine weitere Erforschung der Frage im universitären Milieu mochte sich Brunetti aber nicht einlassen. Die Aussicht auf eine feste Anstellung als Professor an der Universität Saarbrücken liess er 1999 fahren, um als Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitische Grundlagen im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) seine Erkenntnisse und Überzeugungen direkt in den politischen Alltag einzubringen. Drei Jahre später sorgte der unbequeme Chefbeamte prompt für Aufruhr, als er in seinem «Wachstumsbericht» eine weitere Lanze für eine konsequentere Wettbewerbsorientierung der Schweizer Wirtschaft brach. Dem Widerstand von der politischen Linken zum Trotz floss das Papier ein Jahr später in die wirtschaftspolitische Agenda des Bundesrates ein. In der Folge stieg Brunetti zum Chefökonom des Seco auf, bis er 2012 als Pro-

fessor an der Universität Bern den Weg zurück in die Forschung fand. Doch 13 Jahre Politikbetrieb sind eine allzu lange Zeit, als dass er sich wieder allein mit der Lehre begnügen könnte.

Als Leiter der Brunetti-Gruppen, die nach dem Wunsch der Banken zu einem permanenten Strategiegremium für die Weiterentwicklung des Finanzplatzes ausgebaut werden sollen, bleibt dem Professor kaum mehr Zeit für akademische Projekte. «Ich konzentriere mich zurzeit auf meine Vorlesungen und das Verfassen und Aktualisieren von Lehrbüchern.» Kampfschriften wie damals gehören nicht mehr zu seinem Programm. «Von alarmistischen Positionen lassen sich die Stimmbürger nicht beeinflussen», konstatiert Brunetti mit Blick auf diverse Volksinitiativen, die in der jüngeren Vergangenheit trotz intensiven Gegenkampagnen der Wirtschaft und deren politischen Vertretern von Erfolg gekrönt waren. «Die Unfallgefahr von Initiativen ist klar gestiegen», meint Brunetti, nach dessen Überzeugung sowohl die Annahme der Ecopop-Initiative wie auch der Gold-Initiative gravierende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hätte.

Brunetti sagt inzwischen aber: «Es hat keinen Zweck, sich über Änderungen direkt demokratischer Institutionen Gedanken zu machen, das ist reine Zeitverschwendung, weil sie politisch ohnehin nicht realisierbar wären.» Die direkte Demokratie sei eine klare Stärke der Schweiz, die es zu bewahren und zu pflegen gelte, will er noch festgehalten haben. Doch man dürfe die Bürger an einem Abstimmungsontag nicht mit einem ganzen Haufen wichtiger Grundentscheidungen beladen. «Der 30. November ist definitiv ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte.»

Aymo Brunetti spricht heute vor der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel zum Thema «Bleibt die Schweizer Wirtschaft auf Erfolgskurs?». 18.15 Uhr, Aula der Universität Basel, Petersplatz 1.

## Tesla will die Preise drücken

Batterie-Fabrik in Deutschland

**Berlin.** Der US-Elektroauto-Hersteller Tesla will Batteriezellen auch in Deutschland bauen. «Ich gehe davon aus, dass Tesla auf lange Sicht eine Batteriefabrik in Deutschland errichten wird», sagte Tesla-Chef Elon Musk dem *Spiegel*. Dies werde in etwa fünf bis sechs Jahren der Fall sein.

Tesla plant derzeit eine Mega-Batteriefabrik in den USA und will dort fünf Milliarden Dollar investieren. Musk argumentiert, der derzeit relativ hohe Preis für Elektroautos könne auch dadurch gesenkt werden, dass Batterien in sehr grosser Stückzahl produziert und so billiger werden.

Die deutsche Autoindustrie forderte der Tesla-Gründer auf, sich viel mehr um die Entwicklung von Batterien zu kümmern. Daimler hatte jüngst seine Beteiligung an Tesla verkauft, will mit dem Unternehmen aber weiter zusammenarbeiten. Auch Toyota hatte sich von Tesla-Anteilen getrennt.

«Daimler und Toyota wollten wohl einfach Gewinne realisieren», sagte Musk dazu. Die Zusammenarbeit mit Daimler werde trotzdem fortgesetzt. Er spreche auch mit BMW über eine Kooperation; dabei gehe es um Batterietechnik und Ladestationen, aber auch um die Karbonfaserproduktion. SDA

## China will mehr Wachstum

Premier appelliert an Wirtschaft

**Peking.** Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang fordert von seinen Landsleuten mehr innovative Geschäftsideen, um ein weiteres Abflauen der Wirtschaftsentwicklung zu verhindern. China brauche «neue Wachstumsmotoren», wurde Li am Freitag von der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* zitiert.

So sollten chinesische Firmen ihre Geschäfte nach Übersee ausweiten und starke, anerkannte Marken aufbauen. Zudem müssten sie mehr innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten, die das Label «Geschaffen in China» tragen könnten.

Die Regierung wiederum sollte beim Aufbau und der schnellen Umsetzung von Geschäftsideen helfen. Kleine und mittelgrosse Banken müssten ebenso gestützt werden wie die wirtschaftliche Entwicklung entlang des rund 6400 Kilometer langen Jangtsekiang-Flusses.

Die Konjunktur in der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt hat zuletzt an Fahrt verloren. Vor diesem Hintergrund hatte die Zentralbank am Freitag überraschend den Leitzins von sechs auf 5,6 Prozent gesenkt. SDA

## Diese Woche

### 24.11. Montag

- > Beschäftigungsbarometer für das dritte Quartal
- > Wirtschaftlicher Ausblick und Massnahmen der OECD nach G-20-Treffen

### 25.11. Dienstag

- > Neun-Monate-Ergebnis des Bau- und Hotelkonzerns Orascoms
- > Bruttoinlandprodukt der USA im dritten Quartal

### 26.11. Mittwoch

- > Der Verband der Auslandsbanken zu Perspektiven und dem Vergleich mit Luxemburg

### 27.11. Donnerstag

- > Produktions-, Auftrags- und Umsatzstatistik der Industrie (drittes Quartal)
- > Quartalsergebnis des Telekom-anbieters Orange

### 28.11. Freitag

- > KOF-Konjunkturbarometer für November
- > Arbeitslosigkeit und Inflation in der EU und der Eurozone